



## Antrag

|   |                     |                          |              |
|---|---------------------|--------------------------|--------------|
| <b>Vorlage-Nr.:</b>   | AT/0038/2010        | <b>Datum:</b>            | 12.04.2010   |
| <b>Verfasser:</b>   | 01-CDU-Ratsfraktion | <b>Az:</b>               |              |
| <b>Gremienweg:</b>  |                     |                          |              |
| <b>22.04.2010</b>   | <b>Stadtrat</b>     | <input type="checkbox"/> | einstimmig   |
|   |                     | <input type="checkbox"/> | mehrheitlich |
|   |                     | <input type="checkbox"/> | ohne BE      |
|   |                     | <input type="checkbox"/> | abgelehnt    |
|   |                     | <input type="checkbox"/> | Kenntnis     |
|   |                     | <input type="checkbox"/> | abgesetzt    |
|   |                     | <input type="checkbox"/> | verwiesen    |
|   |                     | <input type="checkbox"/> | vertagt      |
|   |                     | <input type="checkbox"/> | geändert     |
|   | TOP                 | <input type="checkbox"/> | Enthaltungen |
|   | öffentlich          | <input type="checkbox"/> | Gegenstimmen |
| <b>Betreff:</b>   |                     |                          |              |
| Antrag der CDU-Ratsfraktion: Anhörung zum Thema "Gewalt an Schulen" |                     |                          |              |

### Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen, die Verwaltung wird beauftragt,

eine Anhörung zum Thema „Gewalt an Schulen“ durchzuführen. Die Anhörung soll der Frage nachgehen, wie die Kommune als Schulträger von 47 Schulen einem Amoklauf vorbeugen kann.

### Begründung:

Der Schulträgerausschuss ist über die Konzepte der Polizei bei einem Amoklauf informiert worden. Hierbei bitten wir um einen kurzen Sachstand, inwieweit die Kooperation mit den Schulen funktioniert.

Welche weiteren Möglichkeiten gibt es? Reichen die eingeleiteten Maßnahmen auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass in Winnenden bis auf einen Schüler mit Migrationshintergrund nur Schülerinnen und Lehrerinnen die Opfer waren? Was kann die Jugendarbeit leisten, um Mädchen und Frauen besser zu schützen? Gibt es sinnvolle Anti-Aggressions-Angebote und wie können Jungen und junge Männer dazu bewegt werden, diese Angebote anzunehmen? Welche Angebote unterbreiten die verschiedenen Schulformen in dieser Richtung? Wie stark ist der schulsozialpsychologische Dienst ausgelastet und welche Vernetzung liegt zwischen den unterschiedlichen Institutionen vor?

Personen und Organe, die mit eingebunden werden sollten, sind z. B.: Schulpsychologischer Dienst, Schulsozialarbeiter, Stadtelternbeirat, Mitglieder des Schulelternbeirats, Jugendrat, Rat für Integration und Migration, Polizei, Pädagoge (Uni), Ministerium/ADD, Schulleiter, Jugendamt, Schulträgerausschuss/Jugendhilfeausschuss, Initiative „Sicherheit in unserer Stadt“